

tieren. Hier kann man die leitenden Prinzipien der nationalsozialistischen Politik am konkreten Fall des Warthegaus besonders markant darstellen, nicht aber die leitenden Prinzipien der vatikanischen Politik. Das wird auch aus C.s Arbeit deutlich, aber nicht eigentlich zur Sprache gebracht. Eingangs weist C. zwar darauf hin, daß der Vatikan, weil er 1939 keine Möglichkeiten mehr zu sinnvollen Kontakten mit den Deutschen sah, auf Polen, auf die westlichen Demokratien und auch auf Mussolini stärkeren Druck auszuüben versuchte, daß sie Hitler beschwichtigten und – insbesondere die Polen – jegliche Eskalation vermieden. Schon hier, noch verstärkt nach dem Kriegsbeginn und dann durchgängig während des ganzen Krieges achtete der Papst strikt darauf, nicht aus seiner präbendierten Unparteilichkeit herauszutreten. Eines der denkbaren Motive dieses Verhaltens nennt C. selbst: Pius XII. wollte nach dem Krieg für Friedensverhandlungen zur Verfügung stehen. Hier liegt ein hochpolitisches Element im Verhalten des Heiligen Stuhls vor, das den Anspruch des Papstes als Oberhaupt der Kirche auf eine umfassende Autorität bei der Konzeption einer Friedensordnung ausdrückte. Gemessen an diesem großen Anspruch war der Fall Polen – in politischer Hinsicht – zweitrangig. Es stellt sich daher die Frage, ob aus der Analyse der Beziehungen des Vatikans Anhaltspunkte zu gewinnen sind, inwieweit dieses politisch übergeordnete Motiv die konkreten Maßnahmen des Heiligen Stuhls bestimmt hat. Schon während des Krieges wurde deutlich, daß Pius XII. seine Möglichkeiten, tatsächlichen Einfluß auszuüben, überschätzte. Dennoch erlegte er sich Zurückhaltung auch gegenüber einem Feind auf, der die Kirche zu vernichten trachtete. Die Hoffnungen, die er im Hinblick auf die Gestaltung einer neuen Friedensordnung daran knüpfte, erwiesen sich als trügerisch. Die harte Haltung des Vatikans gegenüber dem Bolschewismus seit 1945, die nicht zuletzt den Polen zugute kam, gibt einen Hinweis darauf, daß man im Vatikan erkannt hatte, wie weit man auf dem von 1939 bis 1945 beschrittenen Weg vom Ziel entfernt geblieben war.

Berlin

Anselm Doering-Manteuffel

Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963, hrsg. von Albrecht Langner. Paderborn, München, Wien, Zürich (Schöningh) 1978.

Die Schrift ist eine Sammlung von Referaten der Autoren Gotto, Morsey, Aretz, Hürten und Hanssler sowie eines Diskussionsberichts des Herausgebers über das Symposium vom 5. bis 7. 10. 1977 in Augsburg, auf dem die Referate gehalten wurden.

1. Klaus Gotto untersucht „Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ara“ (S. 7 ff.). Verf. will die These eines katholischen Funktionärs verifizieren, daß CDU/CSU in gleicher Weise von der politischen Einigkeit der Katholiken profitiert hätten wie im Reich Zentrum und Bayerische Volkspartei. Die Beschränkung auf die Bundestagswahlen ist freilich insofern bedauerlich, als infolge der Kulturhoheit der Länder zumindest bei Landtagswahlen weltanschauliche Fragen erheblich ins Gewicht fielen. Es wird dann in Prozentwerten der Nachweis geführt, daß der Anteil der bekenntnistreuen Katholiken an den Zentrumsstimmen der Weimarer Republik dem an den Unionsstimmen 1953 entspricht. Besonders bei diesem verwirrenden Zahlenspiel vermißt man indessen verdeutlichende statistisch-tabellarische Übersichten. Im übrigen wird für diese und die folgenden Wahlen bis 1965 erhärtet, daß die Bekenntnistreue der Katholiken zunehmend den Unionsparteien, Bindungsfreiheit dagegen in erheblichem Maße der SPD zugute kam; überhaupt sind die Gewinne der SPD seit 1961 zu mehr als der Hälfte auf Zuwachs aus dem katholischen Lager zurückzuführen. Daß die Volksparteien nach etwa der Halbierung der Bekenntnistreue der Katholiken um 1970 auf die Belange kirchlich gebundener Wählerschaft weniger Rücksicht nehmen, ist eine nahezu zwangsläufige wahltaktische Konsequenz, die einmal mehr den problematischen Vorrang der sog. „normativen Kraft des Faktischen“ vor programmatischer Prinzipientreue unterstreicht. – In einem abschließenden Kapitel gibt der Verf. Bei-

spiele für kirchliche Einflußnahme auf die Wahlen, die er kritisch beleuchtet und deren letzten Endes doch verfehltes Ziel einer Rechristianisierung des „Missionslandes Deutschland“ er konstatiert.

2. Rudolf Morsey verfaßte die Abhandlung „Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer“ (S. 33 ff.). In einer Übersicht über den Forschungsstand verweist er darauf, daß ungedruckte Quellen zu diesem Komplex noch nicht verfügbar sind, so daß sich der Zeitgeschichtsforscher hier auf schwankenden Boden begeben muß. In diesem Zusammenhang kritisiert er (ebenso wie bereits Gotto) die Arbeit von Frederic Spotts (Kirchen und Politik in Deutschland, Stuttgart 1976) als „methodisch anfechtbar und sachlich unzulänglich“. Des weiteren untersucht er die unterschiedliche Problematik des „C“ der Unionsparteien für Katholiken und Protestanten sowie die Versuche der Gegner der Union, durch Erzeugung einer Katholikophobie daraus Kapital zu schlagen. An Adenauer werden die Bedeutung seiner Kanzlerschaft für die „Anpassung (der Katholiken) an die sogenannte nationale Gesellschaft“ sowie sein Eintreten für innerparteiliche konfessionelle Parität und Geschlossenheit hervorgehoben. Unnötig ist dabei der Lapsus, eine Anregung Adenauers von 1952 für einen Aufsatz über die Entwicklung der christlichen Parteien „in den letzten fünfzig Jahren“ wiederholt pointiert auf ein intendiertes Anfangsjahr 1922 zu beziehen (S. 40 f.). – Interessant ist die Darlegung über geistliche Parlamentarier, deren es sogar im 1. Bundestag zwei gab sowie auch später noch mehrere in süddeutschen Landtagen und vor allem Kommunalvertretungen. Die Verwicklung dieser Frage mit Art. 32 des Reichskonkordats bleibt freilich insofern unbefriedigend, als über die Verbindlichkeit dieses Artikels, zu dem schließlich nie das erforderliche Ausführungsgesetz ergangen ist, keine präzise Angabe erfolgt. – In den Erörterungen über den Wandel im weitgehenden Gleichklang zwischen politischem Katholizismus und Unionsparteien hätte man sich einige schärfere Akzente gewünscht, etwa bezüglich der negativen Auswirkungen der sicherheitspolitisch motivierten Wohlstandspolitik im Sinne eines praktischen Materialismus sowie des Spiels Adenauers mit der Präsidentschaftskandidatur 1959 auf die Glaubwürdigkeit der Union. Demgemäß könnte man die „unhistorische“ Schlußfrage des Referates, ob es in Kirche und Katholizismus vielleicht an „Heiligen“ zur Unterstützung Adenauers gefehlt habe, dahingehend ergänzen, ob sowohl „Helden“ wie „Heilige“ nicht auch durch ganz konkrete Fehler den Wandel mitverschuldet haben . . .

3. Der Beitrag von Jürgen Aretz über „Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949–1963“ (S. 61 ff.) konstatiert zunächst die historische Hypothek für den ungebrochenen kulturpolitischen Gegensatz zwischen SPD und katholischer Kirche, der sich besonders in den Grundgesetzberatungen an der Schulfrage entzündete. Im übrigen sollte man jedoch gerechterweise zugeben, daß das – gewiß zu Recht feststellbare – Unverständnis der SPD für theologische Argumentationen wohl auch auf einer diesbezüglichen Zumutung kirchlicherseits beruhte; vielleicht hätte sich umgekehrt die Kirche mehr einer politischen Argumentation befleißigen sollen, etwa mit freiheitlich-pluralistischen Forderungen in der Schulfrage. Nach eher taktischen Begegnungen zu Beginn der 50er Jahre unternahm im Januar 1958 eine auf Anregung Kardinal Wendels in München veranstaltete Tagung („Christentum und Sozialismus“) einen ehrlichen Verständigungsversuch, der aber nicht über die Diskussion unterschiedlicher Standpunkte hinauskam, wie auch die kirchliche Reaktion auf kirchenfreundlichere Töne des Godesberger Programms vorerst skeptisch blieb; die Opposition des Limburger Weihbischofs Kampe gegen den dort verwendeten Begriff „Partnerschaft“ für das Verhältnis von Kirche und SPD kann man aber wohl nur mit dem oben monierten Unverständnis kirchlicher Kreise für politische Argumentationen erklären. Beachtenswert sind die vorsichtigen Andeutungen des Autors im letzten Teil, daß der wahre Dambruch in der kirchlichen Front gegen die SPD im Gefolge weltkirchlicher Ereignisse eintrat: der Enzykliken Johannes des XXIII. „Mater et magistra“ und „Pacem in terris“ sowie des Konzils. Mit entsprechend gespannter Erwartung wird man einer Fortsetzung der Reihe

entgegensehen, in der dann zu erörtern wäre, inwieweit sich die Öffnung für die Kirche gelohnt hat (Ansätze dazu bei Hansler, siehe weiter unten!).

4. Heinz *Hürten* äußert sich „Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948–1960“ (S. 83 ff.). Verf. weist die in der einschlägigen Forschung verbreitete These zurück, daß die katholische Kirche die einflußreichste Macht unter den Befürwortern der Wiederbewaffnung gewesen sei aufgrund gewohnter Disziplin gegenüber der Hierarchie. Gegen diese „Disziplinierungsthese“ werden in einer ausführlichen Fußnote (9, S. 85 f.) überzeugende Belege beigebracht (vgl. auch Anm. 11, S. 86 f.), und auch die Skizzierung des Diskussionsverlaufs in der katholischen Presse läßt die Meinung des deutschen Katholizismus zum Thema Wiederbewaffnung keinesfalls als monolithisch erscheinen. Andererseits bewirkte der vor allem im Umfeld des Kölner Domjubiläums 1948 forcierte Gedanke vom „christlichen Abendland“ zwar ein mehr übernationales Denken, doch dürfte er ein stärkeres Gewicht im Ost-West-Gegensatz gehabt haben, als *Hürten* zugeben will. Nichtsdestoweniger kann man dem Resümee zustimmen, „der deutsche Katholizismus (habe) die Politik der militärischen Westintegration nicht angestrebt und sich nur zögernd von ihrer Notwendigkeit überzeugen lassen“.

5. Bernhard *Hansler* geht dem Thema nach: „Der Pluralisierungsprozeß im deutschen Katholizismus und seine gesellschaftlichen Auswirkungen“ (S. 103 ff.). Als einer der Mitakteure setzt er bewußt Akzente, über deren Problematik er sich klar ist. Dabei äußert er sich ebenso kritisch über den bildungspolitischen „christlichen Humanismus“ Schnippenkötters wie die „Prediger der ‚Gnade des Nullpunkts‘“ (1945), die, von der Jugendbewegung kommend, später in den „Linkskatholizismus“ einmündeten sowie über die Fragwürdigkeit des Laienapostolatsbegriffs der „Katholischen Aktion“. Die Wiederbegründung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 1953 beurteilt *Hansler* als einschneidenden Versuch, eine innerkatholische Frontenbildung zu vermeiden, während er in dem 1960 in Ettal erhobenen Widerspruch gegen den Begriff der „katholischen Geschlossenheit“ die ersten Ansätze eines „noch dumpfen pluralistischen Willens“ erblickt. Nach kritischer Auseinandersetzung mit Amerys esoterischem Kirchenverständnis und der Diskussion um die „Demokratisierung der Kirche“ findet er schließlich im Dialog das entscheidende Kriterium für eine pluralistische Kirche. Die emotionalen Entladungen des Essener Katholikentages 1968 mit kräftigen Worten als die nicht mehr kontrollierbare Ausuferung eines ursprünglich scheinbar harmlosen Nonkonformismus einzustufen, erkennt freilich er verschweigt die unmittelbare Schockwirkung der Enzyklika „*Humanae vitae*“, deren katastrophale Folgen ja auch heute noch weitgehend tabuisiert werden. Nach der Bezeichnung dieser „neue(n) und tiefe(n) Zäsur“ des Jahres 1968 erfährt das Referat einen bemerkenswerten Bruch mit pessimistisch-aporetischen Akzenten. So werden die gesellschaftlichen Auswirkungen des innerkatholischen Pluralismus als „gleich null“ (S. 118) eingeschätzt und der Pluralismus mit dem Argument fehlender Herleitung aus dem Wirken des Heiligen Geistes überhaupt abgelehnt. Demgemäß beherrscht die letzten Abschnitte der Begriff „Krise“, verbunden mit dem Eingeständnis, daß „niemand ist, der Rat weiß“.

Im Diskussionsbericht des Herausgebers *Albrecht Langner* über das Symposium ist als wesentlich neuer Gesichtspunkt hervorzuheben, daß die Auseinandersetzungen um die politische Vertretbarkeit des „C“ nach dem Godesberger Programm seitens der SPD vor allem von überzeugten Protestanten auf der Basis der reformatorischen Zwei-Reiche-Lehre vom „Letzten“ und „Vorletzten“ geführt wurden. Breiten Raum nahm ferner die Klage über Defizite im katholischen Verbandswesen nach 1945 ein; hier müssen aber Gegenfragen erlaubt sein, ob etwa ein Verbandskatholizismus bei der Konkurrenz des feierabendfüllenden Fernsehens heute noch eine Chance hätte und – wichtiger noch – ob er gegen die normativen Auflösungserscheinungen unserer Zeit etwas ausrichten könnte (vgl. Streit des BDKJ mit der Bischofskonferenz). Bezüglich der Europafrage klingt der Appell, im Europaparlament z. B. in der Abtreibungsfrage auf eine „von Grundwerten getragene Rechts-

ordnung“ hinzuwirken, wie leerer Schall angesichts der Tatsache, daß inzwischen ausgerechnet mit den Stimmen auch katholischer Christdemokraten eine Vorkämpferin der Abtreibung zur Parlamentspräsidentin gewählt worden ist!

Im ganzen stehen alle Beiträge dem Leitthema freundlich, aber nicht unkritisch gegenüber und man kann ihnen eine breite Ausleuchtung des Gegenstandes attestieren. Wenn man geschichtliche Entwicklungen nicht nur mit dem Wirken anonymer Kräfte und Mächte erklärt, sondern wesentlich als Ergebnisse konkreter menschlicher Entscheidungen begreift, müßten allerdings vor allem Fragen nach evtl. schwerwiegenden Fehlern katholischer Akteure in Politik und Kirche noch vertieft analysiert werden.

Bonn

Heinz-Jürgen Hombach

Notizen

In einer von A. Fuchs neu herausgegebenen Reihe ‚Die griechischen Apokryphen zum Neuen Testament‘, die wiederum ein Teil der ‚Studien zum Neuen Testament und seiner Umwelt‘ ist (Serie B), sind bisher drei Bände erschienen, die sich als nützliche Hilfsmittel für die Arbeit an den griechischen Texten der ntl. Apokryphen erweisen. Band 2: Albert Fuchs, Das Petrus-evangelium, mit Beiträgen von Franz Weissengruber und unter Mitarbeit von Ch. Eckmair (1978), ist eine Konkordanz zu diesem Text, dem zwei kurze Beiträge über die Datierung und über die Sprache des Petrus-evangeliums beigegeben sind. Band 3: A. Fuchs (unter Mitarbeit von Ch. Eckmair), Konkordanz zum Protevangelium des Jakobus (1978), bietet neben der Konkordanz noch drei Register. Band 4: A. Fuchs und F. Weissengruber (unter Mitarbeit von Ch. Eckmair), Konkordanz zum Thomasevangelium, Version A und B (1978) bietet den Wortbestand, getrennt nach den beiden Versionen, sowie ‚Grammatische Untersuchungen‘, ebenfalls für A und B getrennt. Zu diesem Band muß allerdings kritisch bemerkt werden, daß doch wohl die nicht weiter erläuterte Voraussetzung der grammatisch-stilistischen Untersuchungen höchst fragwürdig ist. Der Leser erfährt durch keinen Hinweis, daß die griechische Überlieferung dieses Textes sehr schwierige Probleme aufwirft (vgl. A. de Santos Otero, Das kirchenslavische Evangelium des Thomas, PTS 6, 1967, 147 ff.). Die Bände sind zu beziehen bei: Studien zum Neuen Testament und seiner Umwelt, A-4020 Linz/Osterreich, Harrachstraße 7.

Bad Honnef

W. Schneemelcher

Friedrich Heyer (Hrsg.): Die Kirche Armeniens. Eine Volkskirche zwischen Ost und West (= Die Kirchen der Welt Band XVIII). Stuttgart (Evangelisches Verlagswerk) 1978. 231 S., Ln., DM 40.-.

Anders als bei den übrigen Bänden dieser Reihe stellt nicht ein einzelner, sondern eine Gemeinschaft von Angehörigen der armenisch-gregorianischen (monophysitischen) Kirche deren Wesenheit dar. Die Beiträge werden durch eine Einleitung aus der Feder Fr. Heilers zusammengehalten, der eine Gesamtschau mit einigen Schwerpunkten schrieb, in der freilich eine Anzahl von Druckfehlern besonders bei Namen stehen geblieben ist. Aber auch so erhält man ein eingehendes Gesamtbild dieser Kirche, in der sich die Nation der Armenier in ähnlicher Weise verkörpert wie bei den Juden: Religion und Volkstum fallen hier wie dort weithin zusammen. Es entspricht dabei dem Wesen dieser Sammlung, daß die einzelnen Themen weithin im traditionellen Sinn zusammengestellt werden, d. h. so, wie die gregorianischen Armenier sie – weithin ohne historisch-kritische Reflexion – sehen. Das gilt für die Geschichte ebenso wie für die Dogmatik oder die Liturgie. Diese Abschnitte sind damit zu Fundgruben unserer Einsicht in das geworden, was diese